

Notizen

Um in Kirche und Gesellschaft auf die Notwendigkeit einer umfassenden Begleitung der Sterbenden und ihrer Angehörigen hinzuweisen, haben der Rat der EKD und die Deutsche Bischofskonferenz für die gemeinsam von ihnen verantwortete Woche für das Leben, die vom 4. bis zum 10. Mai stattfindet, das Motto gewählt: „Leben bis zuletzt – Sterben als Teil des Lebens“. In einer gemeinsamen Erklärung beschreiben sie zwei gegenläufige Beobachtungen: Auf der einen Seite gebe es die soziale Verdrängung der lebensbedeutsamen Vorgänge um Tod und Trauer. Die immer häufiger gewordene Forderung nach aktiver Sterbehilfe stehe in diesem Zusammenhang. Auf der anderen Seite werde mehr und mehr die lebenszerstörende Wirkung der Tabuisierung von Sterben, Tod und Trauer erkannt. Maßgeblichen Anteil daran bescheinigen die Kirchen der Hospizbewegung.

Kritik an der Mitte März veröffentlichten „Orientierungshilfe“ des Rates der EKD zu Homosexualität und Kirche haben der „Schwulenverband in Deutschland“ und der „Verein Homosexuelle und Kirche“ (HuK) geübt (vgl. HK, April 1996, 170 ff.). Während letzterer vor allem die Bibelauslegung im theologischen Teil monierte, wandte der „Schwulenverband“ ein, es sei unehrlich, wenn von Homosexuellen auf der einen Seite das Führen einer ethisch verantworteten gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft eingefordert, ihnen aber zugleich das Zusammenleben im Pfarrhaus verboten werde. In einem vom SPIEGEL (14/1996) inszenierten Streitgespräch zwischen dem Sprecher des Schwulenverbandes in Deutschland, dem Grünen-Bundestagsabgeordneten Volker Beck, und dem Schleswiger Bischof Hans Christian Knuth, verteidigte der Bischof der Nordelbischen Kirche die Orientierungshilfe. Für die ethische Orientierung und die Seelsorge der Kirche müsse das Leitbild von Ehe und Familie maßgeblich sein. Das Pfarrhaus habe jahrhundertlang eine gewisse orientierende Wirkung gehabt und dies sei auch heute noch so, eine Anerkennung anderer Lebensformen als der Ehe komme dort nicht in Frage.

Mit Blick auf die im Juni dieses Jahres in Erfurt stattfindende deutsche Ökumenische Versammlung und die europäische Versammlung 1997 in Graz

trafen sich Ende März ebenfalls in Erfurt rund 200 Vertreter ökumenischer Basisgruppen aus Ost- und Westdeutschland. Das Treffen stand unter dem Motto: „Unser Wirtschaftssystem – wider Gottes Geist. Ohne Umkehr keine Versöhnung“. Das Schlußvotum fordert, für die Gewinnung einer zukunftsfähigen Wirtschaftsordnung sei ein neuer Gesellschaftsvertrag nötig, der sozialen Ausgleich, gerechte Verteilung der Arbeit, die Verantwortung für die Umwelt und weltweite Gerechtigkeit einschließe. Der geforderte Einsatz der Kirchen für diesen neuen Gesellschaftsvertrag sei nur dann glaubwürdig, wenn diese selbst ihre Strukturen in bezug auf Arbeitsteilung, Kapital- und Grundbesitz radikal veränderten.

Zum neuen Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche von Mecklenburg wurde von der Synode Hermann Beste (55) gewählt. Er tritt im Juli die Nachfolge von Christoph Stier an. Der neue Bischof kommt in ein Amt, das auch schon sein Vater innehatte: Niklot Beste leitete die mecklenburgische Landeskirche von 1946 bis 1971. Die Landeskirche, die den mecklenburgischen Teil von Mecklenburg-Vorpommern umfaßt, hat heute ca. 250 000 Gemeindeglieder in 291 Gemeinden mit 320 Pfarrern und Pfarrerinnen.

Ein umfangreiches Dokument zum Thema „Moral und demokratische Gesellschaft“ veröffentlichten die spanischen Bischöfe bei ihrer diesjährigen Frühjahrsvollversammlung. Der Text setzt sich mit den Licht- und Schattenseiten der Freiheit und des Pluralismus auseinander, geht auf Zusammengehörigkeit wie Unterschiedlichkeit von Sittengesetz und staatlicher Gesetzgebung ein und betont die Notwendigkeit einer Bindung der Demokratie an Grundwerte. Die Bischöfe unterstreichen, die Kirche wolle ihre Soziallehre niemandem aufzwingen. Ausdrücklich anerkannt wird das Bemühen um eine „Zivilethik“ als Grundlage für das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Weltanschauung. Eine strenge Trennung zwischen öffentlicher und privater Moral könne es aber nicht geben.

Der Historiker Michel Rouche, Autor eines Buches über den Merowingerkönig Chlodwig, forderte, man solle in Frankreich Religion als einen konstitutiven

Bestandteil der Gesellschaft anerkennen. In einem Interview (in La Croix, 28.3.96) aus Anlaß der bevorstehenden Feierlichkeiten zur 1500. Wiederkehr der Taufe von Chlodwig meinte Rouche, Religion auf den privaten Raum einschränken zu wollen, hindere die Gesellschaft zu sich selbst zu finden. Aus Angst vor dem Totalitarismus verweigere man den Religionen sozialen und politischen Einfluß. Die theologischen Auffassungen der katholischen Kirche über die Trennung von Staat und Kirche sowie die Gewissensfreiheit verhinderten jedoch gerade, daß es zu solchen Exzessen komme.

Zum neuen Erzbischof von Palermo ernannte Johannes Paul II. den derzeitigen Geistlichen Assistenten der Katholischen Aktion Italiens und früheren Erzbischof von Tarent, Salvatore De Giorgi (65). Er löst in der sizilianischen Metropole Kardinal Salvatore Pappalardo ab, der das Erzbistum Palermo fünfundzwanzig Jahre leitete und sich vor allem als entschiedener Gegner der Mafia profilierte. In einer Botschaft an sein neues Bistum versprach De Giorgi, der als Freund von Kardinal Camillo Ruini, dem Vorsitzenden der Italienischen Bischofskonferenz, gilt, Kontinuität zur Arbeit seines Vorgängers. Er hob den „evangelischen Mut“ von Kardinal Pappalardo hervor, mit dem dieser einen „unumkehrbaren Weg“ für das Bistum gewiesen habe.

In seiner Botschaft zum zweiten Jahrestag des Genozids in Ruanda – das neue Regime des Landes hat den 7. April, an dem vor zwei Jahren die Unruhen begannen, zum Gedenktag erklärt – hat Johannes Paul II. betont: In der Stunde, in der das Land nach Wegen der Versöhnung und des Friedens suche, dürfe nicht vergessen werden, daß Verzeihen allen Unrechtes, die menschliche Gerechtigkeit nicht gegenstandslos mache. Überdies betont der Papst: „Die Kirche als solche kann nicht für die Fehler ihrer Mitglieder verantwortlich gemacht werden.“ Diejenigen, die während des Völkermordes gesündigt hätten, müßten die Verantwortung tragen. Damit reagierte der Papst auf Anschuldigungen, auch Hutu-Priester und -Nonnen hätten sich an den Massakern vor zwei Jahren beteiligt.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe sind eine Beilage der Salesianer Don Boscos, Bonn, und eine Eigenwerbung (Verlegerbeilage) beigelegt.